

Was fehlt von Unternehmerseite getrieben wird, ist in Wirklichkeit die Zerstörung der Zukunftsaussichten der deutschen Industrie. Dabei beruft man sich so gern darauf, daß die unrationale Arbeit der jüngst vergangenen Jahre die Substanz angezehrt habe. Sparsamkeit beim Lohn und verlängerte Arbeitszeit seien die Voraussetzung ihrer Wiederbeschaffung. Sehen wir uns doch einmal die Substanz einiger Berliner Großbetriebe etwas genauer an. Wir entnehmen sie den jüngsten Bilanzen.

Die Daimler-Motoren-Gesellschaft, Berlin, verbuchte ihren Gesamtbesitz an Grundstücken, Gebäuden, Maschinen, Einrichtungen und Patenten mit kaum 9000 Goldmark. Für diesen Betrag bekommt man heute nicht einen guten Mercedeswagen. An Grundstücken besitzt das Unternehmen dabei rund 150 Hektar, von denen 27 Hektar bebaut sind, dazu kommen in den wichtigsten deutschen Städten etwa zwanzig Gebäude.

Die Deutschen Telephonwerke verbuchten ihre Grundstücke, Gebäude und Maschinen mit etwa 80 Goldmark, die Werkzeuge, Patente usw. sind völlig abgeschrieben.

C. Lorenz hat nur noch „Eine-Mark“-Konten für Gebäude, Grundstücke, Maschinen, Werkzeuge, ja, sogar die Radioversuchstation steht so zu Buche.

Die Knorr-Bremse rechnet ihre Grundstücke und Gebäude mit rund 5000 Goldmark, ihre Maschinen und Werkzeuge mit 6000 und manches andere mit einer Mark.

Orenstein u. Koppel kennen in ihrer Bilanz von den Gebäuden bis zu den Modellen nur Eine-Mark-Konten. Schwarkopff berechnete seine Immobilien mit noch nicht 12000 Goldmark, Maschinen und Modelle tragen das übliche Gesicht der voll abgeschriebenen Konten.

Carl Lindström hat von den Grundstücken bis zum Fuhrpark alles restlos abgeschrieben.

Das sind nur einige willkürlich herausgegriffene Großbetriebe. Sie zeigen übereinstimmend, daß es ihnen viel besser geht als den Arbeitern und den kleinen Leuten. Hier gibt's keine „Abschreibungen“ und keinerlei offene oder stille Reserven, dort haben wir nach wie vor widerstandsfähige, gut fundierte, teilweise förmlich ausgepolsterte Werke. Und dennoch lassen sie sich immer wieder in die unverständigste Politik hineinlocken, die den Arbeiter und Angestellten wild nach unten zu stampfen versucht. Die Scharmacher treiben Verzweiflungspolitik, hüben wie drüben. Auch die Herren-Bolschewisten werden durch die Gewerkschaftsbewegung darüber aufgeklärt, daß es Grenzen des nüchternen Willens gibt, über die keine noch so wilde Maßlosigkeit hinwegzuspringen vermag. Zuletzt liegt doch immer wieder die einheitliche Front des bewußten Kampfes, der sich nicht durch Beschrei und Gebärden von seiner überlegten Bahn abbringen läßt. Die Arbeiterbewegung lebt noch, sie hat den Kommunismus ausgehalten, sie wird auch mit der schwarzen Reaktion bestimmter Wirtschaftskreise fertig werden.

Ausnahmezustand und Thüringer Heße.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.
Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschloß in seiner Sitzung am Mittwoch, der Reichsregierung neuerdings die schleunige Befestigung des militärischen Ausnahmezustandes nahezuweisen. Er beschäftigte sich weiter mit den Vorgängen in Thüringen, wobei einhellig die Auffassung vertreten wurde, daß die Heße gegen die Thüringer Regierung als ein parteipolitisches Manöver zur Erzielung einer bürgerlichen Mehrheit bei den bevorstehenden Landtagswahlen zu werten ist. Insbesondere wurde hervorgehoben, daß die gegen den verhafteten Minister Herrmann erhobenen Beschuldigungen seine Verhaftung nicht rechtfertigen, da bei der Persönlichkeit Herrmanns weder der Verdacht einer Verdunkelung, noch Fluchtverdacht vorliegt.

Der Vorstand beschloß, die Gesamtfraktion zum Donnerstag, den 17. d. Mts., 11 Uhr vormittags, zu einer

Sitzung einzuberufen, die nötigenfalls am Freitag fortgesetzt werden wird. Die Fraktion wird sich mit der politischen Lage, wie sie sich durch die bisherige Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes gestaltet hat, und mit den von der Reichsregierung erlassenen Verordnungen, insbesondere auf finanzpolitischem Gebiet, befassen.

Fort mit dem Ausnahmezustand!

Eine Notwendigkeit für Sachsen.

In einer Betrachtung über die Verhältnisse in Sachsen heißt es in der sehr gemäßigten „Vossischen Zeitung“:

„Die Mittelparteien in Sachsen, die in der Großen Koalition die einzige Lösung aus allen politischen Schwierigkeiten des Staates erblickten, haben nach langen Bemühungen ihr Ziel erreicht. Jetzt gilt es nur noch das Kabinett heldt zu verantern und gegen die heftigen Angriffe von rechts- und linksradikaler Seite zu verteidigen. Dieses Ziel aber, die Veranternung des Kabinetts heldt, kann nicht allein durch die Bemühungen der Regierung heldt um die Gesundung des sächsischen Landes erreicht werden, sondern nur dadurch, daß das Reich der neuen sächsischen Regierung jetzt die Freiheiten gibt, die sie zur Befestigung ihrer Position unbedingt braucht, d. h. daß die Reichsregierung sofort mit dem Abbau des Belagerungszustandes in Sachsen beginnt, die Verhältnisse der Reichswehr, die noch im Lande stehen, sofort zurückzieht und für die zahlreichen politischen Gefangenen, die während der Zeit des Ausnahmezustandes in die Gefängnisse gewandert sind, eine möglichst weitgehende Amnestie ertläßt.“

Bestimmte Kreise in Sachsen scheinen zu befürchten, daß die Reichsregierung für diese politischen Notwendigkeiten volles Verständnis hat. Sie lassen durch die „Deutsche Zeitung“ die Nachricht verbreiten, daß die sächsische Landespolizei wegen kommunistischer Putschabsichten „erhöhte Alarmvorkehrungen“ getroffen habe. Es ist durchsichtig, welchen Zwecken derartige Meldungen dienen sollen.

Sachsen vor den Gemeindevahlen.

Dresden, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der von den Kommunisten im Landtag gegen die Regierung eingebrachte Mißtrauensantrag wird geschäftsordnungsmäßig am kommenden Dienstag zusammen mit der Aussprache über die Regierungserklärung verhandelt werden. Seine Ablehnung ist sicher, wenn auch außer den Kommunisten und Deutschnationalen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktionsminderheit dafür stimmen sollten. Die „Chemnitzer Volksstimme“ nennt übrigens am Mittwoch den Parteitagsbeschluss, der den Rücktritt des Ministerpräsidenten fordert, einen Mißgriff. Dieses Urteil ist insofern außerordentlich beachtenswert, als die Chemnitzer Delegierten geschlossen für diese Forderung gestimmt haben.

In Dresden, Meissen, Chemnitz und Zwickau ist neben der Wahlliste der SPD. und der KPD. auch ein Wahlvorschlag von der Lebensburger Gruppe eingereicht worden. In Dresden haben sich die drei Arbeiterparteien geeinigt, für die am Sonntag stattfindenden Gemeindevahlen eine Wahlkontrolle einzuführen. Am Montag wird in jedem Betrieb von den Arbeitern der Ausweis verlangt werden, daß sie sich an der Wahl beteiligen haben.

Der Rechtsausschuss des Landtags wird sich am Montag mit der Strafforderung des verantwortlichen Redakteurs der „Dresdener Volkszeitung“, Landtagsabgeordneter General Dr. Sachs, beschäftigen, gegen den bekanntlich General Ludendorff ein Verfahren anhängig gemacht hat. Der Ausschuss wird dem Antrage auf Genehmigung der Strafforderung voraussichtlich mit der Begründung zustimmen, „dem General Ludendorff Gelegenheit zu geben, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung anzutreten“.

Der Lübecker Senat beschloß die durch den Volksentscheid notwendig gewordenen Neuwahlen zur Bürgerschaft am 10. Februar stattfinden zu lassen.

Die Märchen über Thüringen.

Von bürgerlicher Seite wurden in der Wochenschrift die Sozialdemokratie zu schädigen, eine Reihe von Märchen über eine unzureichende und unzulässige Finanzgebarung des thüringischen Finanzministeriums verbreitet. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Untersuchungskommission der Reichsregierung bei ihrer Prüfung am 28. und 29. Dezember im thüringischen Finanzministerium nicht einen einzigen Fall von unnötigen, verschwenderischen oder ungeschicklichen Ausgaben nachweisen konnte. Die Finanzlage Thüringens ist nicht schlechter als die der anderen deutschen Länder. Thüringen steht vielmehr weit über dem Durchschnitt. Nur drei kleinere Länder mit verhältnismäßig größerem Vermögen stehen zurzeit etwas besser. Das Vermögen des Landes blieb bis in den Anfang September 1923 hinein ohne jede Rubelbelastung. Erst in den letzten fünf Monaten sind vom Reich als Darlehen reichlich 2 Millionen Goldmark aufgenommen worden. Dazu sind in der zweiten Dezemberhälfte rund 5 Millionen Mark in drei Jahren rückzahlbare Schatzwechsel ausgegeben worden. Davon sind aber schon die Gehälter für die erste Januarhälfte mitbezahlt, obwohl dazu das Reich nur noch etwa 38 Proz. des Bedarfs als Befolgungszuschüsse gegen bisher 75 Proz. lieferte.

Um den finanziellen Ausgleich zu schaffen, hat das thüringische Finanzministerium im Gegensatz zu den bürgerlichen Regierungen im Reich frühzeitig strengste Maßnahmen ergriffen. Der Abbau der Holzauflageerhebung und die Umstellung auf Goldpreise ist möglichst früh erfolgt. Landessteuern und Abgaben wurden rechtzeitig aufgewertet, so daß die Vermögensauseinandersetzung zwischen den einzelnen alten Gebieten Thüringens fast ohne Belastung durchgeführt werden konnte und Thüringen nicht notwendig hatte, Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften umzuwandeln.

Weimar, 9. Januar. (W.F.B.) Dem Vernehmen nach ist nunmehr gegen den Minister Herrmann und den Regierungsassessor Runze die öffentliche Anklage durch Beantragung der Bundesregierung erhoben. Der Untersuchungsrichter beim Landgericht hat die Haftbefehle bestätigt, und zwar wegen schwerer Urkundenfälschung.

echt völkisch.

BLÄSSCHE Kreise lassen die Meldung verbreiten, in Dohlem sei auf Veranlassung des Generals v. Seckl ein gewisser Dozent Dr. v. Bremer auf Grund eines Briefes verhaftet worden, den er im Anschluß an den Hitler-Ludendorff-Putsch an einen Magdeburger Bekannten gerichtet habe. Das Schreiben sei dem Empfänger entwendet und einer anderen rechts geläuterten Organisation in Me Hände gespielt worden, die ihn dann in einer Broschüre veröffentlicht habe. Der Fall setzt weiter nicht in Erstaunen. Es ist bei den Deutschvölkischen eine allgütliche Erscheinung, daß sie zu den gemeinsten Mitteln greifen, um sich gegenfeindlich kaltzustellen oder kaltzumachen. Erlaunlich bleibt nur immer wieder, mit welcher Ungeniertheit sie mit ihren Standalgeschichten vor die Öffentlichkeit treten und trotzdem von einem gläubigen Publikum verlangen, als die Helden ihrer Zeit gefeiert zu werden.

Ludendorff verzichtet.

Zu der Nachricht, daß die vaterländischen Verbände und Gruppen Bayerns beabsichtigen, General Ludendorff als Reichstagskandidaten aufzustellen, erfährt die Korrespondenz Hoffmann aus führenden Kreisen der vaterländischen Verbände Bayerns, die 25 Spitzenerbände umfassen, daß von dieser Seite keine Absicht einer derartigen Nominierung besteht oder bestanden hat. Da die Nachricht von der beabsichtigten Kandidatur Ludendorff von deutschvölkischer Seite selbst in die Presse lanciert worden war und die Berichte über diesbezügliche Besprechungen mit Ludendorff unwidersprochen geblieben sind, muß man annehmen, daß Ludendorff vor den Sprengminen aus seinem eigenen Lager bange geworden ist und daß er deshalb auf die Kandidatur verzichtet hat.

Das neue Melos.

Konzertumschau von Kurt Singer

Raum haben wir die Bilanz des Jahres 1923 als schlecht gehalten, da beginnt 1924 mit ein paar kräftigen Trompetenschlägen Neuland zu gründen. Die Sehnsucht nach gegenwärtigem Melos ist stark, sie schwebt durch die Luft der ganzen Welt und nur die Erziehungsberechtigten stemmen sich gegen ihren Sturm. Diese Reaktionäre nun sitzen zu Hunderten in den philharmonischen Konzerten. Die Widerstände gegen jede Neugeburt sind hier auch in der geschäftlichen Weltung außerordentlich. Der von Nikisch gestrichelte Bürgermann will sich keine Ohrspeise von Futurwängler gefallen lassen. Der aber sprang wie ein junger Gott in diese Ruberzopf-grotte hinein und hiel und pulste, daß alles Anstöße wackelte. Strawinskys „Frühlingsweibe“ (sacre de printemps) erregte die Menschen; die einer zur mitnehmenden Abgabe, die anderen zum jubelnden Jodeln. Wie herrlich ist doch ein Kampf um eine neue Sache! Diese Neuorientierung der gesellschaftlichen Konzerte Berlins ist doppelt zu begrüßen. Einmal sollte Futurwängler seine Philharmoniker vor eine Aufgabe, in die sie sich mit höchster technischer Verantwortung einfügen, einleben müssen. So musikalisch geladen, so besessen und enthusiastisiert hörte man selbst diese Mittelstufen selten spielen. Zum zweiten zeigte sich der Dirigent in neuer Form, als Beherrscher einer Partitur, die wohl die schwerste, komplizierteste, trichastische aller Gegenwartspartituren ist. Man sah auch Futurwängler hier noch nicht in solcher lebensgefährlichen Bewegtheit, vom Tänzerischen bis zum Furioso alle Grade körperlicher Ausdrucksbewegung zuberstürzt durchlaufen. Und das Werk? Kein Schönklang, kein romantisches Liedchen gewiss; auch keine formal gradlinig gebaute Sinfonie, kein thematisch abgegriffenes Kunstwerk. Der Schrei, das Rufen, das Wären, das mystische Verschwimmen der Farben, das Dissonierende und Chaotische prägen sich mit eigenem Sprachidiom des russischen Barbaren schwer in ein deutsches Gehirn. Aber das Urelement dieses Balletts heißt ja Rhythmus, heißt Bewegung um jeden Preis. Nun, den hat es ja grandios, so elementar, so blutgeladener gefunden, daß es in genialischem Wirbel hochreißt, taumelnd bezwingt. Man kann sagen: Strawinsky hat die Melodie des Rhythmus erkunden. Raum vermischt man noch in solcher Darbietung die Ergänzung durch das Ballett der tanzenden Beine. Man hört nicht nur, man sieht und fühlt das Sprunghafte, das Sich-Wälzen, das Strecken zwiespaltiger Elemente, den Rausch des Kampfes, der Anbetung, des heidnischen Kults, des naturhaften Werdens. Wohl fehlt noch eine letzte Reifung der Innerlichkeit, der Rhythmisierung. Wir hoffen, daß sie kommt. Dann soll uns Futurwängler diese letzte, revolutionäre Musik wiederum in die Seelen hineintastieren. Preis ihm und Dank! —

Melos lebt. Melos ist eine Lebensanschauung. Aber die schamlose Farce, die wir hier leben. So psalms mit prophetischer Stimme Windisch, der bisherige künstlerische Vetter der Melos-Gemeinschaft in ein Publikum hinein, das gekommen war Schönbergs „Pierrot lunaire“ zu hören. Keine Entschuldigung für einen Störenfried, der eine Bombe in Andacht werfen wollte. Aber er stand so bleich, so rubig, so allein in der Brandung, daß man Aufklärung von beiden Seiten fordern muß. Derselbe „Melos“-veranstaltete die Aufführung dieses berühmten Schönbergschen

Werks. Das war wohlgean. Aber, Hand aufs Herz, das Werk hat uns nicht wohlgean. Ein Melodram, das eine führende Singstimme sprechen, eine Sprecherin singen läßt und so eine Mittelgattung zwischen Sprachmelodie und Kunstgesang herbeiführt. Eine noch reinem Gefühlsausdruck drängende, sehnfüchtig begehrende atonale Musik, frei vom Dreiklang, ringt mit dem fargen Material untermalender Soloinstrumente. Durch diese Ascese im Zusammenklang, durch bizarr Rhythmus, ja durch Witz und Ironie der sich nachlaufenden, miterredenden, offenden Stimme ist alles, was Bewegung, Sprung, Körperhaftes, Gebärden ausdrückt, tonymbolisch neu und eigenartig gestaltet. Das Grütteste hat in höchst subjektiver Saune eines Musikers sein Gegenstück gefunden. Nicht aber all das, was auch in diesen Girud-Liedern Stimmung des Klagens, des Wehs, des Entsetzens, der Bedrückung und der Tobohnung bringt oder vorbereitet. Hier merkt man Aspekt, ja Kollaterale mit der Absolutheit einer Theorie, hier fühlt man, daß Geist und Denken allein niemals musikalische Kunstwerke schaffen können. Nicht das oft quatschvoll Irritierende, Ungeklärte dieser Witzstücke schafft die unmusikalische Atmosphäre, sondern das Prinzip, das sich auch in artfremden Situationen der Anreiz und des Bathos behaupten will. Als Idee wird der „Pierrot“ Werkbetracht behalten, vielleicht sogar fruchtbar werden in der krasse Lösung vom Dukt romantischer Märchenzeit. Da aber das schöpferisch Bezwungene minimal ist und die Seele des Hörers nur interessiert, nicht getroffen wird, so bleibt die Grimoire eniger als das Künstlerantip. Die Aufführung war geradezu großartig, schlaafenfrei im Technischen, heilig in der Durchführung eines Willens. Frig Siedern leitete im Zusammenhalten und geistigen Durchdringen des Stoffs Vorbildliches, nicht anders Arthur Schnabel an einem Flügel, den er duffig wie eine Celesta spielte, sowie die Instrumentalsolisten Krog, Bose, Platigorsky, Richter. Marie Guthell-Schöder aus Wien geleitete den gelungenen Sprechtext mit überlegener Brauour und einem eindringlichen ledon Ton der Ironie, des Spottes, der Satire. Eine meisterhafte Aufführung eines hochinteressanten, wenn auch nicht großen Stücks.

Zurück zum Alltag. Die „Ratgemeinschaft deutscher Kunst“ wollte ihn uns mit klassischem Lönen zum Festtag erheben. Das gelang in einigen gehobenen Augenbliden. So, als der Minister Dr. Jarres von der Rot des deutschen Künstlers mit warmem Herzen und klugen Berichten sprach; so, als das Ehepaar Kwast Eloyes Mozart-Variationen in löndlicher, eindringlichster Manier vierhändig durchspielte. Zum letzten Festausdruck fehlt uns ferrem Paul Scherppling der hymnische Musikantenflug, die Großartigkeit des Gestaltens. So blieb es bei einer sehr guten Aufführung der 7. Beethovenischen Sinfonie und — wesentlichlicher noch — bei einem beachtlichen Werkbesuch für die darübenden Künstler. Im Hintergrund des Konzerts stand als spiritus rector Erich Anders. In einem Konzert, das nur Andersche Kompositionen keinen Formals brachte, bewies der Komponist, daß er im Schaffen nicht durch keine guten organisatorischen Fähigkeiten behindert ist. Seine Lieder weisen auf Hugo Wolf (Webel) und Strauß (Steinböcker). Der Klavierpart ist mit großer Freiheit und gedringter Eigenart gestaltet, die Singstimme ergeht sich über der Begleitung in schöner, pathetischer und charaktervoller Führung. Henry Wolf sang mit vollem Einsatz ihres sinnlichen, runden, ausdrucksvollen Soprans, während Karl Hermann Pillner den

Klavierflügel Op. 14 ein feinsingriges, zartbefaltetes Interpret wurde.

Co von Geus ist bei schönem Material noch singendes Mittelgut, gar zu vorsichtig im Vortrag und ohne letzte Lebendigkeit. Ihr reicher, zarter, im Falsett noch wenig ergiebiger Sopran bedarf der Kräftigung. Ebenso fehlt der Schluß noch dem angenehmen Boh Leopold Lehmanns. Man hörte ihn in einem an Hindernissen überreichen bunten Konzert Meijers, in dem Hans Baer brillant Klavier spielte in dem eine rechtliche Passfahrt höchst langweilig wirkte und erst ein paar geniofe Evaschöre Stimmung schufen.

Tod und Jugend.

Weit draußen am nördlichen Rande Berlins. Ein Friedhof. Die Trauergemeinde verammelt sich zu einer letzten Feier für den Geschiedenen. Der Beisäße hält mit geschäftiger Einleitendheit seine Trauerrede. Es gelingt ihm nicht, die Leidtragenden in den Bann seiner Worte zu ziehen; jeder verspürt, diese Rede kommt nicht vom Herzen.

Und dann der Weg zur Gruft. Dieser Schnee hüllt den Friedhof ein. Nur die Hauptwege sind nordwärts freigelegt, um dem Toten den letzten Weg zu bereiten. Die Gräber unberührt. Wolkenlos der Himmel. Blaurot leuchtet die untergehende Sonne durch die Bäume, dem weißen Friedhof moaisch beleuchtend. Die Gruft empfängt den Toten. Ein Strahl des schwebenden Lichts berührt den schon in der Erde ruhenden Sarg, als ob auch die Sonne noch einen letzten Gruß senden will. Hart fallen die Erdschollen hinab, dumpf Kling's heraus — dann ist's vorbei.

Und hinter dem Friedhof, nur durch eine Bretterwand von ihm getrennt, eine andere Welt. Ein kleiner Berg, sonst unbeachtet, ist jetzt im Schnee zum Tummelplatz tausender Großstadtlimber geworden. Jubel und Leben herrscht dort, unbekümmert um die Nähe der Toten. Mit gerüsteten Wangen saulen sie einzeln oder zu zweien auf ihren Schlitten den Berg hinab, und lautes Jauchzen ertönt jedesmal, wenn ein Schlitten von der Bahn abkommt und die Räder sich im Schnee wälzen. Dieses Kinderspiel aber berührt den Pfarrer beim Begräbnis unangenehm, deutlich kann man es in seinen Gesichtszügen lesen. Er hat es lebensfalls schon verstanden, daß auch er einmal ein Kind gewesen ist, oder er hat die Freuden der Kindheit niemals kennengelernt. Aber bei nächster Gelegenheit predigt er: „Basset die Kleinen zu mir kommen . . .“

Karl Suder.

Die Direction des Baller-Theaters übernimmt vom 10. Februar ab der Opernänger Dr. Georg Berg, der in diesem Laufe wieder die Operette pflegen wird.

Das Operntheater Kabell, Kurfürstendamm 222, zeigt Gemälde, Aquarelle und Graphiken von 21111111 (Wolff) aus den Jahren 1919 bis 1923. Geöffnet für den Besuch am Sonntag, den 18. Januar, 12 Uhr mittags, wird Dr. Wolf Bergs über seine Reise nach Rußland und die dortige künstlerische Situation berichten. Der Eintritt ist frei.

Die erste Affektion in Preußen. Als erste Referentin hat, wie der amtliche Preussische Verordnungsblatt meldet, Frau Dr. Marie Kunz am 7. Januar die erste juristische Staatsprüfung vor dem Landesprüfungsamt in Berlin abgelegt und ist zur Advokatin ernannt worden. Das Referendariat hatte Frau Kunz am 24. Januar 1920 bestanden. Ihre Ausbildung hat sie im Bezirk des Kammergerichts erhalten.

Eines „Rattenkönigs“ Ende.

Aber ein neuer wächst nach.

Die Mehrzahl unserer Leser werden sich jenes verleumdende rischen Ueberfalls auf eine Reihe unserer führenden Parteigenossen erinnern, der im Jahre 1919 unter dem Sammelnamen „Sturz-Scandal“ bekannt geworden ist. Was nur an Unehrenhaftigkeit zu erinnern war, wurde über die betreffenden Genossen — besonders Ebert, Scheidemann und Noske — ausgebreitet. Die betroffenen Genossen haben wiederholt die Verbreiter der Verleumdungen vor Gericht zitiert und dort gezwungen, die und wehmütig Abbitte zu leisten, weil keiner in der Lage war, auch nur den Schatten eines Beweises für ihre Behauptungen zu erbringen. Manche von den Helfen wurden auch zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt. Aber die Verleumdungszentrale konnte lange nicht ausfindig gemacht werden. Seit endlich hat vor Gericht der angeklagte Verleger der bekannten Verleumdungsbrochure „Der Rattenkönig“ als Verfasser dieses Machwerks den früheren Redakteur Kammer von der „Täglichen Rundschau“ bekanntgegeben. Gerichtlich zu fassen war nur noch der Verleger Warthmann, der am 28. Dezember vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte folgenden „Vergleich“ abschloß: Der angeklagte Warthmann erklärt:

„Ich habe mich von der Unrichtigkeit des über den Privatkläger Georg Sturz von mir in der Broschüre „Der Rattenkönig“ veröffentlichten Materials überzeugt und auch von der Unrichtigkeit alles dessen, was ich über politische Persönlichkeiten in Verbindung mit Georg Sturz in dieser Broschüre verbreitet habe. Ich persönlich habe die Broschüre nicht verfaßt, sondern der Redakteur der früheren „Täglichen Rundschau“, Erich Kammer, hat sie mir übergeben. Ich bedauere tief, daß ich mich zum Werkzeug von Verleumdungen habe mißbrauchen lassen, die das öffentliche Leben Deutschlands lange Zeit vergiftet haben. Ich übernehme die Kosten des Verfahrens und ermächtige Herrn Georg Sturz, den Wortlaut dieses Vergleichs in 20 (zwanzig) deutschen Zeitungen auf meine Kosten je einmal zu veröffentlichen.“

Der „Rattenkönig“ dieser Verleumdungsreihe ist mit der demütigen Erklärung des Broschürenverlegers wohl endgültig zu Grabe getragen. Aber schon kündigt ein neuer sein Erschehen an. In dem „Dortmunder Generalanzeiger“ fand man von seinem Berliner Mitarbeiter folgende ungläubliche Meldung:

„Wie aus parlamentarischen Kreisen berichtet wird, beabsichtigt die deutschnationale Partei durch eine Reichstagsinterpellation über die Gerüchte für die Gründe der bisher unerbittlichen Rechnungslegung für die zugunsten der Zustimmung in Oberösterreich gemachten Gelder einen Scandal innerhalb der Sozialdemokratischen Partei zu provozieren. Von deutschnationaler Seite wird behauptet, daß ein großer Teil der für die Abtötung in Oberösterreich durch Volksober gemachten und aus Regierungsmitteln bewilligten Gelder für einen besonderen Fonds für die finanzielle Sanierung der Sozialdemokratischen Partei Verwendung gefunden haben. Eine bekannte Berliner Börsenkorrespondenz hatte bereits vor kurzer Zeit nähere Mitteilungen über die Angelegenheit gebracht, welche den ehemaligen Reichstagskanzler Birck sowie bekannte sozialdemokratische Parteiführer schwer kompromittierten. Diese Korrespondenz gibt Gerüchte wieder, nach denen der Rest der Gelder für Oberösterreich vor kurzem in die Taschen zahlreicher sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter geflossen ist, die von der Notwendigkeit des Ermächtigungsgesetzes erst durch materielle Argumente hinter den Kulissen überzeugt werden konnten. Die bekannten sozialdemokratischen Abgeordneten Müller, Frank und Wiffel und nicht zuletzt Reichspräsident Ebert hätten vor diesen Schiedlungen gewarnt, zuletzt sei es aber Scheidemann gelungen, die Gewissenskonflikte bei seinen Genossen zu beilegen.“

Die Berliner Börsenkorrespondenz, von der in diesem Bericht des „Dortmunder Generalanzeigers“ geredet wird, ist augenscheinlich diejenige des Herrn Sonntag, aus der Stadlers „Gewissen“ Mitte Dezember zuerst den Scandal von der „Sanierung der Sozialdemokratie und des „Bormaris“ durch den Presseschef der Reichskanzlei Dr. Spieker und Dinar Strauß“ entnommen hatte. Wir hatten diese neuesten Erfindungen und halben Andeutungen damals sofort als das gekennzeichnet, was sie sind, als erbärmliche Verleumdungen. Dr. Spieker hat noch ein übriges und ließ auch amtlich durch Wolffs Bureau erklären, daß die Andeutungen in allen ihren Teilen erfunden seien.

Trotzdem zieht die Verleumdung weitere Kreise, und aus der angeblichen „Sanierung“ wird in der Provinz nun offenkundige Korruption, Bestechung und Stimmenkauf, und aus dem Reichspressechef Dr. Spieker ist durch ein kleines „Buppdi“ der frühere Reichskanzler Birck geworden. Selbstverständlich, daß keiner von den sozialdemokratischen Abgeordneten, die in der Dortmunder Meldung genannt sind, aber auch keiner von den anderen, die nicht genannt sind, auch nur die geringste Ahnung von den Dingen haben, die ihnen da unterstellt werden. Dankenswert ist an der Meldung allein, daß der Zweck der Meldung klar verraten wird, nämlich einen Scandal innerhalb der Sozialdemokratischen Partei zu provozieren, und daß als Quelle der verleumdenden „Gerüchte“ deutschnationale Parteikreise angegeben werden.

Augenscheinlich ist das ganze erfunden worden lediglich aus dem Grunde, um die deutschnationale Wahlpropaganda rechtzeitig mit dem üblichen Schmutz einzumischen. Nachdem aber nunmehr nicht allein von der Sozialdemokratie im allgemeinen die Rede ist, sondern einzelne Genossen als Manager der behaupteten ungeheuerlichen Schiedlungen oder doch als Mitwisser solcher Verbrechen bezeichnet worden sind, erwarten wir, daß diese Genossen jeden Verbreiter dieser Verleumdungen zur Verantwortung ziehen. Jene Verordnung Ermächtigungsbeschlüssen einfach aus der Gerichtspraxis austreibt, wird hoffentlich den Staatsanwalt veranlassen, im öffentlichen Interesse gegen die deutschnationalen Verleumder einzuschreiten, um so mehr, da ja die ganze Reichsregierung mitbedeutet wird, sozialdemokratische Abgeordnetenstimmen für das Ermächtigungsgesetz „gekauft“ zu haben!

Volksspeisung und Personalabbau in Preußen.

Im Ständigen Ausschuss des Preussischen Landtages wurde einer Verordnung, nach der für die Volksspeisung ein Drittel der in der Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1924 aufkommenden Kraftfahrzeuge verwendet wird, mit Mehrheit zugestimmt. Nach Auskunft von Regierungsseite handelt es sich hierbei um eine Summe von monatlich etwa 230.000 Goldmark. Ein Antrag der Kommunisten, der die Kosten der Volksspeisung durch Umlage von den Besitzenden aufbringen will, wurde abgelehnt. Die Personalabbauverordnung wurde einem Unterausschuss überwiesen.

Bei der Hamburger Bürgermeistereiwahl wählte der Senat Dr. Karl Petersen (Dem.) zum Bürgermeister und zum Präsidenten des Senats. Die Reibnahme seines neuen Amtes zwingt ihn zur Niederlegung des Reichstagsmandats und des Vorsitzes der Demokratischen Partei. Nach dem Wahlergebnis von 1920 wird Petersens Nachfolger im Reichstag der Gewerbetreibende Johannes Bül in Hamburg.

Rentenbank und Agrarierherrschaft.

Eine deutschnationale Hezrede.

Auf Veranlassung der Berliner Handelskammer sollte das Mitglied des Verwaltungsrates der Rentenbank und Vorsitzende des Reichslandbundes, Herr Hermann Hillger, am Dienstagabend über die wirtschaftlichen Grundlagen der Rentenbank sprechen. In Wirklichkeit hielt Herr Hillger eine deutschnationale Hezrede von einem Kaffee, wie es selbst bei diesen Zeiten nicht alltäglich ist.

Zunächst feierte Herr Hillger Heißerich als den eigentlichen Schöpfer der Rentenbank. In Wirklichkeit hatte Heißerich nicht die Rentenbank, sondern die Roggenmark vorge schlagen. Die deutsche Währung sollte — und zwar nicht als Uebergangsstadium, wie es die Rentenbankwährung ist — auf den schwebenden Preis des Roggens aufgebaut werden, die Währung sollte dem Privatkapital ausgeliefert und außerdem sollte die Landwirtschaft von der Landabgabe und die Privatindustrie von der Lohnsummensteuer befreit werden, fernerzeit die einzigen Besitzsteuern, die etwas einbrachten. Die Rentenbankwährung als Uebergangswährung zur Goldwährung ist in Wirklichkeit von unserem Genossen, dem damaligen Reichsfinanzminister Dr. Hilferding geschaffen worden.

Wenn dann Herr Hillger, im Namen des Verwaltungsrates der Rentenbank, eine Reihe von einschneidenden politischen und wirtschaftlichen Forderungen aufstellt, und zwar als Gegenleistung für ein Opfer, das in Wirklichkeit gar nichts kostet — denn die Rentenbank ist ein gutes Geschäft —, so macht er oder der Verwaltungsrat der Rentenbank sich an, in Dinge hineinzutreten, die sie als Verwaltungsrat der Rentenbank gar nichts angehen. So verlangt Herr Hillger, daß in das Budget des Deutschen Reiches feinerzeit Reparationszahlungen und keinerlei Ausgaben für Besatzungskosten und Kontrollkommissionen aufgenommen würden. Herr Hillger fordert weiter rückwärts Beamtenabbau im Reich, Staat und Gemeinden; die Entlassung aller parteipolitisch eingestellten Beamten, d. h. natürlich nicht der deutschnationalen, sondern der republikanischen Beamten; die notwendigen brutalen Gehaltseinsparungen; den Abbau der Großhandelspreise, darunter besonders der Kohlenpreise, und zwar durch Mehrförderung und billigere Frachten.

Die Landwirtschaft, sagt Herr Hillger, hätte den Weg zum Preisabbau schon beschritten. Er weist dabei auf die Getreidepreise hin, vergißt aber wohlweislich die Preise für Butter, Eier, Milch, Kartoffeln usw. Die niedrigen Getreidepreise sind weiter nichts als die Folge einer außerordentlich guten Ernte.

Herr Hillger fordert weiter die Steigerung der Produktion sowie die produktive Erwerbslosenfürsorge und eine „vernünftige Arbeitszeit“. „Sollte Erfassung der Sachwerte fordern wir deren Vermehrung.“ Befreiung von der „Fessel der Zwangswirtschaft“, von den Preissteigerungen und Syndikaten. Auch die „Lohnsyndikate“ müssen fallen.

Das ist das Programm von Sinn, der gegen die Kartelle und Syndikate ist, weil diese eine horizontale Konzentration der Produktion darstellen und ihm bei seiner vertikalen Konzentration im Wege sind. Herr Hillger versichert schließlich treuherzig, daß er „keine Diktatur der Wirtschaft“, sondern nur den Staat zu einer Finanzreform, in seinem Sinne natürlich, zwingen will. Herr Hillger fordert im Namen des Verwaltungsrates der Rentenbank die Rückkehr zum föderativen Aufbau des Bismarckschen Reiches und schließlich pathetisch mit folgendem Bekenntnis: „Wir wollen durch Hunger und Not, durch Elend und Tod zur Freiheit!“

Dieses deutschnationale Programm — Hunger und Not, Elend und Tod für die drei Klassen, Freiheit für die Wucherer und Ausbeuter des deutschen Volkes — enthält nur bekannte Dinge. Wenn und solange Herr Hillger in seinem eigenen Namen oder im Namen des Reichslandbundes spricht, dann ist es natürlich sein gutes Recht, deutschnationale Forderungen an die Regierung zu stellen. Aber als Mitglied des Verwaltungsrates der Rentenbank und in dessen Namen hat Herr Hillger überhaupt nichts zu fordern. Die Rentenbank ist eine Körperschaft, deren Beschlüsse durch Gesetz genau umschrieben sind und die sich nicht in Dinge zu mischen hat, über die die Regierung und das Parlament zu bestimmen haben. Es wäre möglicherweise Zeit, daß die Regierung die Leute in die gehörigen Schranken zurückweist! Von dem neuen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, gegen den Herr Hillger ebenfalls polemisierte, erwarren wir, daß er mit der nötigen Energie sich gegenüber den Annahmungen der Rentenbank durchsetzen wird.

Wahlkampf in Kahr-Bayern.

Angst vor dem Wahlsieg — Erstes Verfallungsverbot — Herr Kahr und sein Pressechef.

München, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Bei den Beratungen über die Abänderung des Wahlsatzes spielte die Verminderung der Mandatsziffer eine Hauptrolle. Die Bayerische Volkspartei geht mit großem Widerwillen an eine solche Verminderung heran, weil sie befürchtet, daß eine Beeinträchtigung des flachen Landes die Folge sein wird, was einer Verminderung ihres politischen Einflusses gleichkäme. Bedinglich die Rückficht auf die herrschende Volksstimmung veranlaßte sie, einer beschränkten Herabsetzung der Mandatsziffer von 158 auf 128 zuzustimmen. Bei dieser Haltung findet die Bayerische Volkspartei eine feste Stütze bei den Kommunisten, die sich überhaupt gegen jede Verminderung erklären, im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, die einen bayerischen Landtag mit 80 Abgeordneten für groß genug erachten. Die bisherigen Beratungen zeigen bereits deutlich, daß es der Bayerischen Volkspartei gar nicht auf eine schnelle Auflösung des Landtages ankommt, denn sie erhebt nunmehr gegen den Regierungsentwurf des Wahlsatzes eine Reihe grundsätzlicher Einwendungen, die eine Verabschiedung des Entwurfs außerordentlich zeitraubend gestalten. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß der bayerische Landtag im Laufe des Frühjahres kein regelrechtes Ende finden wird.

In der Sitzung des Landtagsausschusses am Mittwoch unternahm die Demokraten außerhalb der Tagesordnung einen bemerkenswerten Vorstoß gegen den Minister des Innern, und zwar deswegen, weil der Staatskommissar und Polizeipräsident von Nürnberg der berüchtigte Oberregierungsrat Gores, dieser Tage eine Beamtenversammlung verboten hat, in der die demokratischen Abgeordneten Delfus (Reichstags) und Bießer (Landtag) sprechen sollten. Die Versammlung wurde verboten mit der Begründung, daß es sich bei ihr um den Kontakt zu den Wahlen handle (!). Diese unverschämte Begründung ist das Broozierende an dem Verbot, um so mehr, als Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei bereits draußen im Lande ihre Wahlversammlungen sogar in Rathäusern abhalten durften. Bei seinem Verbot gab der demokratische Fraktionsführer der Heberzeugung Ausdruck, daß in Bayern die Demokraten als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt würden, was auch daraus hervorgeht, daß ein Teil der demokratischen Presse unter einer besonderen Kontrolle des Generalstaatskommissars steht. Es ist ein unerhörtes Unrecht, daß der Oberregierungsrat einer großen Münchener Tageszeitung zugleich politischer Berater des Herrn v. Kahr sei und dessen Pressestelle leite. Dieser Herr führe seinen Zensurarslist auch da, wo die Konkurrenz ist

Frage komme, obwohl der Takt das schon verdrängen müßte. Der Minister des Innern, Dr. Schwenker, mußte auf diese Anklagen, die von allen Parteien unterstützt wurden, nur zu erwidern, daß er zuerst in Nürnberg Erkundigungen einholen müßte, bevor er dem Landtag Rede und Antwort stehen könne.

Deutschland — Dänemark.

Verständigung und keine Irredenta.

Kiel, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Vor einer überfüllten Mitgliederversammlung der DSD. Groß-Kiel (sprachen am Dienstagabend die Genossen Stauning, Kopenhagen und Wels, Berlin über das von ihnen abgeschlossene Grenzabkommen. Das Abkommen ist, weil es sich mit der nach der Volksabstimmung im Jahre 1920 durch die Interalliierte Kommission festgelegten Grenze abfindet, von der bürgerlichen Presse als Schädigung der deutschen Interessen und von der deutschnationalen Landesorganisation in Schleswig-Holstein als bezahlter Verrat bezeichnet worden. Genosse Stauning wandte sich gegen die dänischen Nationalisten und versicherte, daß seine Parteigenossen niemals die Zustimmung zu der von diesen gewünschten Verlegung der dänischen Grenze nach dem Süden geben werden. Genosse Wels, der mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde, wies darauf hin, daß das Abkommen geschlossen sei, um die Befriedung Europas zu fördern. Für Deutschland gelte es, durch Verständigungspolitik Freunde zu erwerben. Die deutsche Sozialdemokratie müsse keine Irredenta. Sie fühle sich mit der dänischen Arbeiterklasse aufs engste verbunden. Die einwütige Zustimmung und der lebhaft andauernde Beifall am Schluß der Ausführungen Wels zeigten, daß unsere Genossen fest hinter der Parteileitung stehen.

In Erwartung der französischen Antwort.

Paris, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsche Geschäftsträger v. Hoesch hat bis Mittwochabend Paris noch nicht verlassen. Er wird zunächst die französische Antwort auf das deutsche Memorandum abwarten und erst dann persönlich über die Lage in Berlin Bericht erstatten. Die Mittwochmorgenblätter kündigten die Ueberreichung der französischen Note bereits für Mittwochabend an. Das ist jedoch im höchsten Grade unwahrscheinlich, da der Meinungsaustrausch zwischen Paris und Brüssel über die endgültige Form der Antwort bis am Mittwoch in den vorgerückten Abendstunden noch nicht abgeschlossen war. Da der ursprüngliche französische Entwurf absolut negativ war, bestand man in Brüssel neuerdings mit großem Nachdruck auf einigen Konzeptionen, die zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Aktivität der besetzten Gebiete notwendig erscheinen. Eine Einigung scheint auch in Pariser amtlichen Kreisen erst für Donnerstag erwartet zu werden.

Baldwin — Macdonald.

London, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Mehrzahl der Blätter sieht die Eintritte der ersten Sitzung des Parlaments dahin zusammen, daß die Aussicht auf eine Kombination zwischen Konservativen und Liberalen nunmehr endgültig begraben werden müsse und das Kabinett Baldwin unvermeidlich in der nächsten Woche falle. Man glaubt, daß Baldwin einen Parteitag der Konservativen zusammenzurufen wird, um seine Partei aufzufordern, sich einen neuen Führer an seiner Stelle zu wählen.

Die „Times“ zollen in ihrem Leitartikel der außerordentlichen Geschicklichkeit, mit der Macdonald es verstanden habe, sein Programm darzulegen, und seiner Mäßigung unumwundene Anerkennung. Dagegen meint das Blatt, es sei gefährlich, von einem großen Siege der Arbeiterpartei sprechen zu wollen. Man dürfe nicht vergessen, daß die Stellung der Arbeiterpartei weit schwächer sei als die der überwundenen Konservativen und daß sie auf die Unterstützung der Liberalen angewiesen sei.

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

Durchschnitt	Oktober	3 260 000 000
„	November	657 000 000 000
„	Dezember	1 247 000 000 000
1. Oktober	„	40 400 000
8. „	„	109 100 000
15. „	„	691 900 000
22. „	„	3 045 000 000
29. „	„	13 671 000 000
5. November	„	98 500 000 000
12. „	„	218 600 000 000
19. „	„	831 000 000 000
26. „	„	1 535 000 000 000
3. Dezember	„	1 515 000 000 000
10. „	„	1 269 000 000 000
17. „	„	1 163 000 000 000
22. „	„	1 150 000 000 000
29. „	„	1 147 000 000 000
7. Januar	„	1 130 000 000 000

Abnahme gegen die Vorwoche 1,5 Proz.

Die geringfügige Abnahme der Lebenshaltungskosten zeigt, wie wenig gerechtfertigt der von den Unternehmern wie vom Staat vorgenommene Abbau der Löhne ist. Sie beweist aber auch, wie verfehlt die Wirtschaftspolitik ist, die von dem Abbau der Löhne und Gehälter sich einen Preisabbau verspricht. Die Folge kann nur eine Herabsetzung der Wirtschaftskraft sein, wenn es den Gewerkschaften nicht gelingt, dem Lohnabbau einen Damm zu setzen. Mit dem Lohnabbau wird in Wirklichkeit nur die Ausdehnung der Kaufkraft der Verbraucher erreicht.

Die Großhandelspreise.

Die auf den Stichtag des 8. Januar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ergibt gegenüber dem Stande vom 2. Januar (122,4) einen Rückgang um 2,2 Proz. auf 119,7. Von den Hauptgruppen sanken die Lebensmittel (im Großhandel) um 1,7 Proz. auf 106,9, davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln um 2,5 Proz. auf 84,2, die Industriestoffe um 2,9 Proz. auf 143,6, davon die Gruppe Kohle und Eisen, unter Berücksichtigung der am 4. Januar bekanntgegebenen (ab 1. Januar gültigen) Herabsetzung der Kohlenpreise, um 4,7 Proz. auf 140,2; ferner die Inlandswaren um 3,1 Proz. auf 111,7, während die Einfuhrwaren um 1,2 Proz. auf 159,9 anwogen.

Trotz der Herabsetzung der Kohlen- und Eisenpreise stehen die Industriestoffe noch 48,6 Proz. über Friedenspreis, während die Fertigfabrikate nur 11,7 Proz. über Friedenspreis stehen. Diese beiden Ziffern zeigen am besten, wo eingeseht werden muß, wenn man einen Preisabbau erzielen will.

Die Preise im Holzhandel scheinen endlich sinkende Tendenz anzunehmen zu wollen. Auf der Holzauktion in Ingolstadt wurden nur 80 bis 87,5 Proz. der Landesgrundpreise (16 bis 27 Goldmark pro Kubikmeter) und in Passau nur 66 Proz. der künftigen Tage geboten. In Oberbayern war allgemein ein merklicher Rückgang der Holzpreise festzustellen. In Passau wurde angesichts des niedrigen Angebotes die Abgabe von Holz verteuert.

Der Schupfer aus Prinzip.

Wer kennt ihn nicht, den Geistesproleten mit rabiatem Korpus, stets beschleunigter Brüllstimme und ewig gereiztem Gemüt? Ihn, dem die Welt nur für ihn da ist? Diese Gattung des norddeutschen Mimenmenschen, die dem Ausland jene kriegerische Meinung von hasenswerterem Breuherentum aufzuzwingen, gedenkt augenblicklich am besten in dem schauerhaften Hochbahnbränge, zu dem eine rücksichtslos auf Profit gestellte Aktienpolitik uns täglich verurteilt. Der Schupfer aus Prinzip muß immer Platz haben, erst recht, wenn feiner da ist. Er selbst mag natürlich nie Platz. Das „Bitte!“ kennt er nicht, gültiges Jureden, friedlicher Ausgleich ist ihm verächtliche Schlappheit oder Schirmpflichterei. Wieviel strammer ist's, zu brüllen: „Zusammenjeteiten da vorn!“ oder „Lassen Sie mich raus hier!“ Steht aber der Flegel mal abseits vom Ein- und Aussteigekampf, so wird er nicht unterlassen, wenigstens Disanzratikläge zu geben, wie z. B.: „Haut ihm doch die Brille runter!“ Ist doch das zahlreiche Geschlecht derer, die Augengläser tragen müssen, geistiger Tätigkeit hinreichend verdächtig. Politisch ist der Schupfer aus Prinzip durchaus rechtsgerichtet, wie er gern durch Heranziehung des beliebten Judenpunks beweist, was aber auch innerlich untrennbar von ihm ist.

Großer Aktienschwindel.

Für 1 1/2 Millionen Goldmark Aktien gefälscht.

Wegen eines eigenartigen Aktienschwindels wurde der 24 Jahre alte Kaufmann Bruno Friedel aus der Jossener Straße festgenommen. Friedel war früher in mehreren Kaufmannsgeschäften tätig, hielt es aber nirgends lange aus. Zuletzt arbeitete er auf einer Bank, aber auch da nur kurze Zeit. Diese hatte aber genügt, ihm Einblicke in Neugründungen zur Zeit der sinkenden Markt zu tun zu lassen. Nach seiner Entlassung suchte er nun diese Kenntnis von Bankgeschäften zu Schwindelzwecken aus. Weil er wußte, daß die Emissionsbanken oft nicht gleich die Aktien von Neugründungen selbst, sondern zunächst nur Interimscheine herausgeben, so ließ er sich nach einem geschickten Muster solche Scheine drucken, sogar mit dem Druckstempel des Bankhauses, so daß sie dem echten täuschend ähnlich sahen, und fälschte darauf die Unterschriften. Mit diesen Fälschungen ausserachtet, zog er umher, präsidierte die Aktien der Neugründungen nach Kräften an und verkaufte sie. Die Erwerber zahlten ihm den verlangten Preis und erfuhren erst, wenn sie nach langem Warten endlich von der Bank die Aktien selbst verlangten, daß ihre Interimscheine von Anfang bis zu Ende gefälscht waren. Die Kriminalpolizei, die viele Anzeigen erhielt, ermittelte in Friedel den Schwindler und setzte ihn hinter Schloß und Riegel. Nach den bisherigen Feststellungen brachte er 1500 Stück à 1000 Mark an den Mann. Bei seiner Verhaftung aber besah er nichts mehr.

Ein Kohlengeschäft.

Mit Kohlen, die nicht vorhanden waren.

Die Kohlennot hatte der Dampfzug Georg Fuhs zu raffinierten Betrügereien ausgenutzt. Er hatte sich wegen nicht weniger als 30 Betrugsfällen gemeinjam mit seiner Frau vor der Strohkammer des Landgerichts I zu verantworten. Bei dem Umfang der Anklage mußte sich das Gericht mehrere Tage mit der Sache beschäftigen. Fuhs war in ganz eisenortiger Weise vorgegangen. Er hatte sich in der Nähe von Schulen aufgehalten und einzelne Schüler angesprochen, die er dann mit ihm beim Umzug behilflich zu sein. Darauf besah er sich zu dem Klassenlehrer des Schülers und bat um einen Urlaub für den Schüler. Im Laufe des Gesprächs ließ er durchblicken, daß er den Umzug für einen Arzt oder Rechtsanwalt bewirke, der nach auswärts ziehe, wo er Zentralheizung in der neuen Wohnung vorfinde. Daher müßte der umziehende seinen Kohlenvorrat hierlassen. Da es mitten im Winter war, so mußte der Angeklagte in geschickter Weise dem betreffenden Lehrer nahelegen, die Kohlenvorräte zu übernehmen. In den meisten Fällen gelang es ihm, von dem in der Schule festgehaltenen Lehrer eine Anweisung an die Ehefrau zu bekommen, von der er sich dann eine Anschaffung auf den kostbaren Brennstoff geben ließ. Auf die Weise erbeutete er erhebliche Beträge. Obwohl der Angeklagte hartnäckig leugnete, mit dem Betrüger identisch zu sein, wurde er durch die vernommenen Lehrer und Schüler überführt, und das Gericht verurteilte Fuhs zu vier Jahren Zuchthaus, Ehrverlust und 450 Goldmark Strafe. Für die mitangeklagte Ehefrau ergab die Justizrat Dr. G. Kronsohn eine milde Beurteilung. Sie kam wegen Beihilfe mit 9 Monaten Ge-

fängnis davon, wovon noch 6 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden. Auch dem Ehemann wurden 10 Monate Untersuchungshaft in Abzug gebracht.

Zu hohe Preise.

Rundfunk im Dienste der Bücherbekämpfung.

Auf Einladung der Aktiengesellschaft Radio-Stunde sprach am Abend des 7. Januar der Präsident des Landespolizeiamts Gen. Orzesinski in den Aufnahmeapparat des Rundfunks des Borghauses über das Thema „Bücherbekämpfung“. Er gab zunächst einen Ueberblick über die Instanzen, die sich mit der Bücherbekämpfung befassen und fuhr dann ungefähr fort:

Nach einer viel angezogenen Entscheidung des Reichsgerichts ist nicht der Preis an sich das Merkmal für das Vorhandensein von Büchern, sondern erst die Feststellung des übermäßigen Gewinnes. Da die schwankenden Geldverhältnisse vor allem dem Bücherbegünstigten, hat der Präsident des Landespolizeiamts schon frühzeitig auf die Einführung der Goldrechnung und die Herausgabe goldwertigen Geldes gedrängt. Aber die Preise für viele Waren in Deutschland stehen noch weit über Friedenspreis, und durch die Zuschläge, die Großhandel, Zwischenhandel und Einzelhandel erheben, werden die Waren so verteuert, daß für den Käufer ein Preis herauskommt, der angesichts seines erheblichen gesunkenen Einkommens unerträglich ist. Mit Schuld an den hohen Warenpreisen ist aber auch der geringe Opfergeist vieler Kreise, welche die Notlage Deutschlands zu sehr reichlichem Verdienen glauben ausrufen zu können. Für die Preisbildung der Waren sind in Deutschland in erster Linie die Kartelle, Syndikate und Preisvereinigungen des Handels und der Industrie verantwortlich. Ihre Monopolstellung gestattet ihnen die Ausübung eines wirtschaftlichen Terrors gegenüber ihren Abnehmern der gegen die guten Sitten verstößt. Um dem Mißbrauch der Kartelle zu begegnen, ist das Gesetz gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923 erlassen worden. Eine nicht unwesentliche Ursache der heutigen hohen Preise liegt ferner in den Zinsen der Banken begründet, die ganz bedeutend herabgesetzt werden müssen. Ein besonderes Kapitel ist der Leistungswucher, der in die neue Preisstreiberverordnung vom 13. Juli 1923 mit aufgenommen worden ist. Es ist dadurch möglich, das Publikum zu schädigen, wenn jemand vorsätzlich für eine Leistung zur Befriedigung des tatsächlichen Bedarfs eine Vergütung fordert, die einen übermäßigen Gewinn enthält.

Im Schlußwort sprach der Redner folgende Mahnung aus: „Verabscheue jeder in dieser Zeit der Not des deutschen Volkes Schlemmerstätten und Schlemmer; befehle dich jeder allereinstufigsten Lebensweise, gedanke jeder ständig der Not anderer Volksgenossen und tue nichts, was er nicht vor seinem Gewissen und auch vor der Öffentlichkeit verantworten kann. Gebe jeder reichlich nach seinem Können für die darbedenden Volksgenossen und denke dabei: Um die eigene Sache handelt es sich.“

Der „Bund der Versicherten“.

Von Zeit zu Zeit macht sich in der Öffentlichkeit ein „Bund der Versicherten“ bemerkbar, eine Organisation, deren Notwendigkeit an sich schon recht zweifelhaft ist. Bekanntlich werden die Interessen der Rassenmitglieder in den Krankenkassen von den Vertretern der Arbeitnehmer wahrgenommen, die in den Ausschüssen und Vorständen der Krankenkassen über zwei Drittel der Stimmen verfügen. Da viele Arbeitnehmervertreter aus direkten Wahlen der Versicherten hervorgehen, können die Rassenmitglieder in die Rassenorgane Vertrauensmänner entsenden, deren Tätigkeit die Schaffung einer Sonderorganisation der Versicherten erleichtert. Auf diesen war nun, daß dieser „Bund der Versicherten“ immer auf dem Plage erschien, wenn Differenzen zwischen Rassenärzten und Krankenkassen bestanden. Feststellungen haben jetzt, wie man uns mitteilt, folgendes ergeben: Der Bund der Versicherten wird von der Groß-Berliner Herzorganisation gefördert und unterstützt; die Letzte sind angesehen worden, ihre Patienten diesem Bunde als Mitglieder zuzuführen. Die Geschäftsstelle des Bundes befindet sich demzufolge auch in der Wohnung des Arztes Dr. Wolf-Eisner, Schöneberg, Martin-Lutherstr. 24. Ined des Bundes ist in erster Linie die Vertretung von Herzinteressen. Daraus erklärt sich die lebhafteste Tätigkeit dieses Bundes in den letzten Wochen gegen die „Rassenbureaukratie“ und Rassenverbände, und man weiß nun, wer diesen kostspieligen Kampf, die Säulenanschläge und Flugdriftten finanzierte. Die Versicherten sollten dazu noch ihren Namen und außerdem einen Jahresbeitrag von 10 Mark hergeben. Sie sind jetzt gewarnt

Die verlängerte Hundesperre.

Auch auf Katzen ausgedehnt.

Die Tollwut in Berlin ist immer noch nicht erloschen. In den letzten Wochen sind wiederum neun Fälle amtlich festgestellt worden, darunter acht bei Hunden und einer bei einer Katze. Aus diesem Grunde hat der Polizeipräsident die Sperremaßnahmen bis zum 31. März 1924 wiederum verlängern müssen und hat sie auch sinngemäß auf Katzen ausgedehnt. Hunde unterliegen wie bisher der Festlegung oder dem Maulkorb- und Leinezwang, Katzen sind so einzulernen, daß sie die Behausung des Besitzers nicht verlassen können. Frei umherlaufende Katzen werden getötet. Nach den geleglichen Bestimmungen sind bei Katzen Ausnahmen von der Tötung unzulässig. Es liegt im Interesse der Tierbesitzer, zur Einhaltung der Sperremaßnahmen ihrerseits mit beizutragen. Andernfalls ist bei dem Wesen und der Verbreitungsart der Tollwut durch Bissverletzung, infolge des Entweichens erkrankter Tiere und infolge ihres (schleichenden) Verlaufs) das Erlöschen des Seuchenganges und die Aufhebung der Schutzmaßnahmen nicht so bald zu erwarten. In Erinnerung sei noch gebracht, daß im gegenwärtigen Seuchengang in Berlin auch ein Mensch an Tollwut infolge Bissverletzung durch den eigenen Hund gestorben ist. Hierbei war leider die unangebrachte Sorglosigkeit des Besitzers trotz amtlicher Warnungen die Hauptursache des traurigen Ausganges.

Unsere neue Frauenbeilage.

Wenn mit dem heutigen Tage die „Frauenwelt“ als Beilage zum „Vorwärts“ erscheint, erfüllen wir damit einen alten Wunsch unserer Genossinnen. In diesem Blatt soll — vorläufig alle 14 Tage — das erscheinen, was für die Frau als Gattin, Mutter und Arbeiterin von besonderer Bedeutung ist. Die Bezeichnung „Frauenwelt“ legt nicht, daß sich das geistige Interesse der Frauen auf den Inhalt dieses Blattes beschränken soll, es wird vielmehr nur eine bequeme Zusammenfassung eines bestimmten Stoffgebietes sein. Der Name des Blattes soll aber auch die männlichen „Vorwärts“-Leser nicht abhalten, sich über seinen Inhalt zu informieren und mit ihren Frauen darüber zu sprechen. Auch für die Kinderwelt soll darin Anregendes und Unterhaltendes geboten werden.

Arbeiter-Bildungsschule.

Das Sozialwissenschaftliche Seminar, Leitung Genosse A. Stein, beginnt seine Arbeiten über das Thema „Kapitalismus und Arbeiterbewegung“ am Donnerstag, den 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in der Juristischen Sprachstunde, Lindenstraße 3, 2. Hof, Hörsaal im Bureau des Bildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof II, sowie beim Genossen Guis. Franke, Große Frankfurter Str. 34. — Die Arbeitsgemeinschaft über das Thema „Weltwirtschaftliche Fragen“, Leitung Genosse Grünwald, beginnt am Freitag, den 18. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in der Mädchenmittelschule, Neufölln, Donaustr. 122. Neue Teilnehmer können noch aufgenommen werden. Hörsaal im Bureau des Bezirksbildungsausschusses und bei den Mitgliefern des Bildungsausschusses Neufölln. — Ende Januar beginnen einige Vorträge, welche die Parteifunktionäre und die als Redner tätigen Genossen für den Wahlkampf vorbereiten sollen. Die Lokale werden in den nächsten Tagen im „Vorwärts“ veröffentlicht. Anmeldungen zur Teilnahme an diesen Veranstaltungen werden schon jetzt entgegengenommen im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, bei den Vorsitzenden der Kreise und den Obleitern der Kreisbildungsausschüsse.

Ein Mord an einem Gutsbesitzer in Oberspreßen beschäftigt auch die Berliner Kriminalpolizei.

Der Besitzer Gangehr aus Ost-Litauen wurde in Wennechten etwa 400 Meter von einer Hofmirtschaft entfernt ermordet und beraubt aufgefunden. Er hatte eine tödliche Verletzung an der linken Kopfseite. Geraubt waren ihm seine Uhr, ein Schweizer Werk Omega mit römischen Ziffern, und eine schwarze Orienttasche mit einem größeren Betrage. Der Täter scheint ein fremder Mann zu sein, der vorher mit ihm auf seinem Wagen gefahren wurde, als er in der Richtung nach Wennechten fuhr. Er hatte ihm wahrscheinlich auf seine Bitte, ihn ein Stück mitzunehmen, arglos aufgenommen. Mit den Nachforschungen in Berlin ist Kriminalkommissar Fretlin beauftragt, der wiederholt Verbrechen dieser Art bearbeitet und aufklärt hat. Er nimmt wöchentliche Mitteilungen im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums entgegen.

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofotfischer.

Roman von Johan Bojer.

34.

Im Fjord drinnen war der Schnee in diesem Jahre frühzeitig weggetaut. Im Dorf ergab man schon die Acker und an dem gewundenen Strande gingen die Frauen umher, beschatteten die Augen mit der Hand und spähten über den Fjord hin nach Segeln aus.

Aber an der Landzunge von Blaacheia konnte ja keiner vorbeisehen, deshalb wurden die Kinder auf die Felsen hinaufgeschickt, denn von dort aus konnten sie weit auf das blaue Meer hinaussehen.

Keiner hatte eine Nachricht bekommen, keiner wußte etwas Bestimmtes, aber es war die Zeit, da die Lofotfischer erwartet wurden. Und eine Frau rief sich die Nase und sagte: „Jeht kommt der Da bald, mich juckt die Nase so.“ Und eine andere hatte so lebhaft geträumt, daß sie kämen, und eine dritte fühlte es auch ganz bestimmt. Und sicherheitslos begann man in den kleinen Stuben zu lehren und aufzuwaschen, Wacholder wurde gehackt und gestreut, die Betten wurden frisch bezogen. Und dann konnte man sich ja auch selber etwas puyen, es war nicht gesagt, daß das gerade so kürzlich geschehen war.

Und selbst die Frau Andreas Etras, die Anne Martha, kletterte aus dem Bettstuhl heraus und begann reinzumachen. Wohl hatte sie sich verschworen, für Andreas ein Bett im Viehstall aufzuschlagen, wenn er käme, weil er den ganzen Winter nicht einen Brief vom Lofot nach Hause geschrieben hatte. Aber die Sonne schien so hell, Stare und Schwaben zwitscherten um das Haus und bauten ihr Nest, und so etwas ist ansteckend. Anne Martha lief umher und sagte, man müsse seinen Bestand brauchen, es sei nicht gesagt, daß Andreas es im Winter so sehr trocken und warm gehabt habe. Und als das Haus fertig und das Bett gemacht war, da schaute auch sie wie die anderen über den Fjord hin und wartete.

Aber oben in einem kleinen rotgetünchten Hause ging die schwache Bertil Hylja umher und setzte draußen und drinnen und hatte es nie so eilig gehabt wie heute. Ihr Mann, der Aegesus, war im Winter im Sarge heimgekommen, jetzt lag

er auf dem Kirchhof, und er würde sie nie mehr schlagen, aber als nun die anderen Frauen aufräumen und waschen und die Türen erwarteten, da tat sie ganz unwillkürlich dasselbe. Und als draußen und drinnen alles schmutz und sauber war, da wusch sie auch die Kinder, zog ihnen die Sonntagskleider an und setzte sich einen Augenblick zu ihnen, um ihnen von ihrem Vater zu erzählen.

Sie konnte ja niemand erwarten wie die anderen. Aber als sie die Nachbarländer von den Felsen herunterlaufen sah, eins immer schneller als das andere, da wußte sie, daß sie fern draußen auf dem Meere Segel entdeckt hatten.

Und ganz unbewußt begann sie sich selber zu schmücken, sie mußte sich gründlich, und sie stand im Sonnenschein in der Stube und läste das dicke, rotblonde Haar, das wie Gold leuchtete. Sie stochte es ein, steckte es in einem Knoten tief im Nacken auf, zog ein reines Hemd an, einen roten Unterrock, und ein blaues eigengesponnenes Kleid. Und dann setzte sie sich an das Fenster, das Kleinste auf dem Schoß, und starrte auch nach Segeln aus.

Aber hoch oben auf den Höhen lag der kleine Berghof, wo ein junges Mädchen saß, das noch nicht eingeseget war, und ein alter Mann mit weißem Haar und Bart und roten, tränenden Augen.

Das war Da Gomon mit der jüngsten Tochter, die noch im Hause war. In letzter Zeit war er so zusammengefallen, es ist nicht immer leicht, wenn man nicht mehr genug sehen kann, um arbeiten zu können. Er sah den ganzen Tag vor dem Ofen und heizte ein und starrte in die Flammen. Er war jetzt fest entschlossen, wenn Kanelos vom Lofot heimkäme, dann wollte er ihn sich vornehmen und ihm rundheraus sagen, er müsse sich verheiraten. Wollte er zum Fischfang hinausfahren, so müsse er wenigstens dafür sorgen, daß eine erwachsene Frau im Hause sei, und außerdem war es am besten, die Kinder kämen, solange der Alte sie noch wiegen konnte. Biegen, ja, Hehe! Er hatte im Winter manchen Abend gefessen und in den Ofen gestarrt und leise vor sich hingesummt und „Nacht, psst!“ gesagt. Der älteste Junge würde wohl Da genannt werden, nach dem Großvater.

Es lag noch so viel Schnee hier oben in den Bergen, aber eines Tages sah der Star auf dem Dache und stötte, und da erwachte der Alte. „Der Star!“ sagte er. „Da werden die Lofotfischer auf der Heimfahrt sein.“ Er ging tustend hinaus. Die Sonne schien so warm, es tropfte von den Dächern, er

lastete sich hinüber nach der großen Birke neben dem Hause und fühlte, daß Saft in die Rinde gestiegen war. Gut so. „Lina!“ rief er dem Mädchen zu, das vom Stall her kam, „sieh nach, ob Lofotsegel auf dem Fjord sind.“

„Ja, Vater, aber...“

„Geh jetzt, und zwar sofort!“

Das bleiche Mädchen trug das, was sie in der Hand hatte, ins Haus, und stieg den Berg hinauf. Der Vater wußte ja, daß Kanelos nie mehr wiederkommen würde, der Pfarrer war im Winter hier gewesen und hatte versucht, es ihm so schonend wie möglich zu berichten. Aber der Alte war jetzt schon so schwachsinzig, daß er es längst wieder vergessen hatte. Manchmal durchfuhr ihn wohl eine böse Ahnung, dann starrte er das Mädchen erschrocken an und fragte, ob es wahr sei oder nur ein böser Traum, haha, ja, er habe in der Nacht etwas Schlimmes von Kanelos geträumt. Und dann schab er es beiseite und griff nach seiner Pfeife. Nein, er bestand auf seinem Kopf, Kanelos mußte jetzt heiraten, und zwar bald.

Eines Tages wollte er durchaus auf den Berg hinauf. — er hatte so oft dort gestanden, als er noch sehen konnte, und hatte über das Meer hingelacht. Und das Mädchen machte ihn nur lachend, wenn sie ihm widersprach, deshalb nahm sie ihn bei der Hand, führte ihn an den schlammigsten Schneewehen vorbei und suchte einen guten Platz auf einer Anhöhe für ihn aus.

Der Wind zaufte das lange, weiße Haar und den Bart. Auf dem Kopf hatte er eine verhoffene rote Zipselmütze, und über der dicken, gestrickten Wolljacke kreuzten sich die Hosenträger auf dem Rücken. Hier war es so warm, er brauchte nicht einmal eine Weste. Und neben ihm stand das zarte, junge Mädchen, barhäuptig, blaß von der Einsamkeit, von zu viel Arbeit und von der Trauer um den einzigen Bruder, den sie nie mehr sehen würde.

Und jetzt sah sie den Fjord tief dort unten zwischen Dörfern und Bergen, breit und blau, in Nordwind und Sonne. Meerwärts erhoben sich die kalten Berge mit Schneegipfeln auf den welligen Kämmen, aber jetzt in der Sonne waren sie gelb und rot unter dem hellblauen Himmel.

Und drehte sie sich um, — da sah sie denselben Fjord nach einer ganz anderen Seite, und hier verschwand er in einem gelb-blanken Nebel, und dort ganz hinten lag die Stadt, die sie so gern einmal sehen wollte.

(Fortsetzung folgt.)

